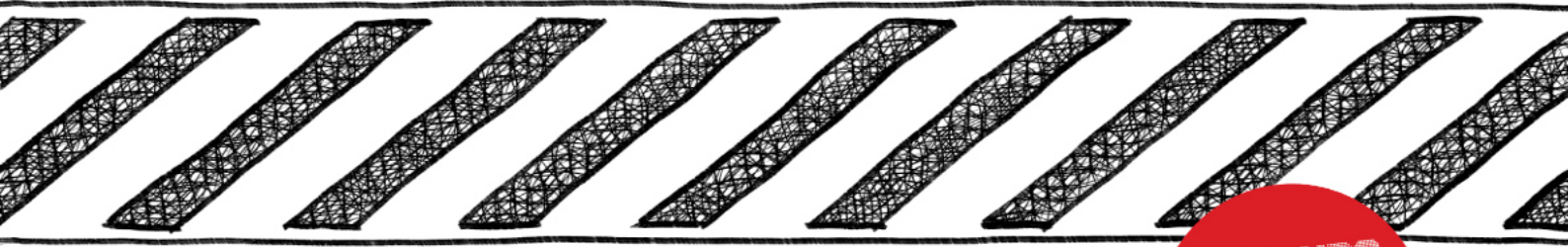


# SOLIDARISCH AUS DER KRISE

BEZAHLBARES LEBEN FÜR ALLE STATT PROFITE FÜR WENIGE



## DEMO AM 29.10.2022

13 UHR | BERLINER TOR



### GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE UND MENSCHENWÜRDIGE EXISTENZSICHERUNG FÜR ALLE!

Der russische Angriffskrieg hat es offensichtlich werden lassen: Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist nicht nur ökologischer, sondern auch wirtschaftlicher, sozialer und politischer Wahnsinn. Eine Abkehr von Öl, Gas und Kohle sowie der dauerhafte und endgültige Ausstieg aus der Kernenergie und der sofortige Ausbau der erneuerbaren Energien, ist aus unserer Sicht ein notwendiger erster Schritt um dieser ökologischen und sozialen Krise etwas entgegen zu setzen. Darüber hinaus bedarf es eines Umbaus bzw. Wechsels unseres Wirtschaftssystems. Das kapitalistische Wachstum ist zerstörerisch. Der Glaube, dass dieses Wachstum ewig so weitergehen muss, ist fatal. Unübersehbar sind die Folgen dieser Wirtschaftsweise und des damit verbundenen Ressourcenverbrauchs: Dürren, Stürme, Starkregen und Überschwemmungen sowie Armut, Hunger und Elend in großen Teilen der Welt.

Die Welt ist so produktiv, wie nie zuvor. Armut und Hunger könnten überall in der Welt der Vergangenheit angehören, wenn wir uns über nationale Grenzen hinweg solidarisch, kooperativ, ressourcenschonend und gemeinwohlorientiert verhalten würden. Hierzu gehört auch eine Umverteilung des Reichtums, z.B. mit Übergewinn-, Erbschafts- und Vermögenssteuern, die für eine soziale und ökologische Umgestaltung unserer Gesellschaften eingesetzt werden könnten. Alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen abgesichert werden und sind mittel- bis langfristig zu vergesellschaften. Dazu zählen u.a. Krankenhäuser, Energieversorger, Wasserversorgung, ÖPNV, Bildung und Soziales aber auch weite Teile der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Auf dem Weg dorthin bedarf es grundlegender Verbesserungen unserer Sozialleistungssysteme, um Menschen vor Armut und Verelendung zu schützen. Hierzu gehören zu aller erst die Überwindung von Obdachlosigkeit, die Abkehr von nationalistischer Migrations- und Flüchtlingspolitik und die deutliche Erhöhung und Verbesserung der Sozialleistungen.

**Hamburg traut sich was fordert: Gesellschaftliche Teilhabe muss für alle möglich sein. Die soziokulturelle Existenzsicherung ist ein Rechtsanspruch und kein Almosen!**

In der Debatte um Entlastungen, werden arbeitende Menschen gegen die Bezieher:innen von Sozialleistungen ausgespielt. Ihnen wird Gratsimentalität vorgeworfen. Es wird vordergründig Partei für diejenigen ergriffen, die einer bezahlten Arbeit nachgehen, von denen viele ja auch Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen.

Es ist richtig: der Arbeitsmarkt ist ungerecht! Aber: Menschen die Sozialleistungen beziehen sind nicht Schuld daran, wenn Arbeitgeber:innen schlechte Löhne zahlen... Der Fehler liegt auch hier im System! Es schützt nicht vor dem Zwang, Arbeit für zu wenig Geld und zu miesen Bedingungen annehmen zu müssen. Aktuell muss jede noch so schlechte Arbeit angenommen werden, weil Sanktionen drohen.

**Damit muss Schluss sein!** Wir brauchen eine Grundsicherung, die tatsächliche Teilhabe ermöglicht und uns alle vor schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen schützt. Eine existenzsichernde Grundsicherung hilft uns auch in den Kämpfen um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Hierfür ist eine drastische Erhöhung nicht nur des künftigen „Bürgergelds“, sondern auch der Sozialhilfe und der Grundsicherung im Alter genauso notwendig, wie die Abschaffung aller Sanktionen. Auch Sonderregelungen für Geflüchtete sind überflüssig. Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist deshalb überfällig.

Das Mantra „Geh doch arbeiten!“ geht an der Lebensrealität vieler Menschen, die Grundsicherungsleistungen bekommen vorbei. Viele von ihnen haben noch nicht einmal die Möglichkeit, ihre Situation durch eine Erwerbsarbeit wesentlich zu verbessern. Was machen Alleinerziehende? Was machen Auszubildende und Menschen, denen es gesundheitlich schlecht geht und Rentner:innen, die ja schon lange genug gearbeitet haben? Sie alle leiden unter den hohen Kosten. Das gilt umso mehr für Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus, denen die Mittel im Asylbewerberleistungsgesetz noch zusätzlich gekürzt werden und die darüber hinaus vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

#### **Eine dauerhafte und deutliche Erhöhung der Sozialleistungen muss deshalb bedeuten:**

- **Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes**  
Für einen Teil der in Deutschland lebenden Menschen, nämlich allen Menschen mit ungesichertem Aufenthalt, sind die ohnehin viel zu niedrigen Sozialleistungen noch weiter herabgesetzt. Das muss endlich aufhören!
- **Anhebung der Regelsätze in den Grundsicherungen (SGB II und SGB XII) auf mindestens 700 Euro!**  
Bereits lange vor den aktuellen Krisen waren die Regelsätze nicht dazu geeignet, das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern. Es gibt solide Berechnungen der Wohlfahrtsverbände, die von einem zusätzlichen Bedarf von mindestens 200.- Euro monatlich ausgehen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Inflation müsste dieser Betrag noch entsprechend angepasst werden. Deshalb fordern wir eine Erhöhung der Regelsätze von jetzt 449 € auf mindestens 700 € !
- **Berücksichtigung aller Energiekosten als Kosten der Unterkunft**  
Aktuell muss jeder Mensch, der Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV), SGB XII (Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter) oder AsylbLG bekommt, seinen Strom selber zahlen. Deshalb fordern wir, die Übernahme aller Energiekosten in den Sozialleistungen!
- **Anhebung und Ausweitung der einmaligen Beihilfen**  
Es gibt im Wesentlichen nur noch einmalige Beihilfen für die Erstausrüstung der Wohnung und einmalig für die Anschaffung von Kleidung bei Geburt oder bei vollständigem Verlust. Deshalb fordern wir auch hier eine drastische Anhebung der einmaligen Beihilfen sowie eine Ausweitung des Anspruches auf einmalige Beihilfen. Damit könnte z.B. auch der Kauf von energiesparenden Waschmaschinen und Kühlschränken gefördert werden, sowie eine digitale Grundausstattung.
- **Kostenloser ÖPNV für alle Beziehende von Sozialleistungen – barrierefreie Mobilität für alle!**  
Mobilität ist grundlegend für gesellschaftliche Teilhabe. Solange es keinen generellen kostenlosen ÖPNV gibt, fordern wir einen kostenfreien ÖPNV für alle Beziehende von Sozialleistungen. Falls ein bundesweiter Nachfolger für das 9.- Euro Ticket kommt, fordern wir die Übernahme dieser Kosten für alle Menschen im Bezug von Sozialleistungen.
- **Abschaffung aller Sanktionen in den Sozialleistungen**  
Das soziokulturelle Existenzminimum darf niemals unterschritten werden! Wenn es unterschritten wird, drohen Verelendung, persönliche Abhängigkeiten, riskante Lebensführung. Sanktionen verschlechtern die Lebenssituation der Betroffenen und ihrer Familien noch mehr. Sanktionen grenzen Menschen aus.
- **Wohnungen für Obdach- und Wohnungslose!**
- **Keine Kündigung bei Mietrückständen oder Zahlungsverzug bei Nebenkosten!**
- **Keine Strom-, Gas- oder Wassersperren!**
- **Freier Eintritt für Sozialleistungsbeziehende in staatlichen Museen, Bibliotheken und Theater**

**Rechte, nationalistische, rassistische und antisemitische Parolen, Transparente oder Gruppen haben auf der Demonstration nichts zu suchen!**

